

«Alles von der Schule zu erwarten, ist falsch»

Vor dem Schulstart spricht der Basler Erziehungsdirektor Mustafa Atici über die grossen Bildungsthemen: Noten, Berufsbildung, Integration.

Interview: Nora Hoffmann und Hans-Martin Jermann

Herr Atici, Sie sind nun seit etwas mehr als einem Jahr Basler Erziehungsdirektor. Ziehen Sie doch bitte Bilanz: Welche Note von 1 bis 6 geben Sie sich selbst?

Mustafa Atici: (Lacht.) Ich würde sagen zwischen einer 5 und einer 5,5. Ich habe das Privileg, dass ich als Basler Grossrat und Nationalrat in Bern bereits seit vielen Jahren Bildungspolitik betreiben darf. Diese Erfahrungen konnte ich in mein neues Amt mitnehmen. Zudem war ich mir als selbstständiger Unternehmer gewohnt, zu führen und resultatorientiert zu denken. Mein Start war für mich hervorragend.

Sie wussten, worauf Sie sich einlassen. Gab es gleichwohl Überraschungen?

Positiv überrascht hat mich die Offenheit und Flexibilität der Mitarbeitenden im Erziehungsdepartement. Ich wusste nicht, wie flexibel die Leute in der Verwaltung sind.

Sie kamen als Unternehmer in eine staatliche Verwaltung.

Ja. Deshalb war ich nicht sicher, auf welche Stimmung und Kultur ich genau treffe. Ich bin sehr glücklich.

Was hat sich für Sie als Privatperson verändert?

Ich habe manchmal etwas wenig Zeit für die Familie, die für mich der Ort ist, wo ich viel Energie schöpfen kann. Beim Zeitunglesen am Morgen muss ich eine Triage vornehmen, ich habe nicht mehr gleich viel Zeit wie vor meiner Wahl in die Regierung. Als ich kürzlich mal nach dem Duschen gesungen habe, hat meine Frau zu mir gesagt: «Ich glaube dir nicht, dass du dich so auf die Arbeit freust, du bist doch gestern am Abend so spät nach Hause gekommen.» Es ist aber so: Ich stehe jeden Morgen sehr gerne auf und komme sehr gerne hierher ins ED.

Zurück zu den Schulnoten. Schweizweit wird darüber diskutiert, diese auf Primar- oder gar auf der Sekundarstufe abzuschaffen. Wie stehen Sie dazu?

In Basel haben wir kürzlich zum Thema Schulnoten eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Das Projekt steckt in der Vorphase. Wir sind daran, zu definieren, mit welchen Themen sich diese Arbeitsgruppe auseinandersetzen könnte.

Was ist Ihre persönliche Meinung? Braucht es Noten?

Ich persönlich finde, dass schulische Leistungen messbar sein sollen. Wie das geschieht, ist aus meiner Sicht offen. Die Arbeitsgruppe wird unterschiedliche Modelle thematisieren. Ich freue mich, da mitzudiskutieren.

Es gibt immer wieder Diskussionen um Sinn und Unsinn der drei Leistungs-züge A, E und P auf der Sekundarstufe. Ihre Meinung?

Für mich ist wichtig, dass wir Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit gewährleisten. Das sind für mich zentrale Begriffe. Bei der Durchlässigkeit sind wir leider nicht so unterwegs, wie ich mir das wünsche. Sie ist zu gering, insbesondere zwischen den Leistungszügen A und E schaffen zu wenige Schülerinnen und Schüler den Wechsel. Deswegen haben wir auch in diesem Bereich eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Sie prüft nun, wie die Durchlässigkeit verbessert werden kann, um so die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

Basel-Stadt hatte bis vor einem Jahrzehnt eine Sekundarstufe ohne Leistungszüge, die Orientierungsschule (OS). Diese scheiterte. Ist das heutige System besser?

Ich möchte der Diskussion in dieser Arbeitsgruppe nicht zu stark vorgreifen. Ich meine aber: Das heutige System ist gut, aber verbesserungswürdig. Leider habe ich keine konkreten Zahlen zur Durchlässigkeit zur Hand.

Der Grosse Rat hat im Herbst 2024 ein Massnahmenpaket zur Integrativen Schule gutgeheissen, als Kompromiss zur Förderklassen-Initiative. Wo steht die Umsetzung?

Das ED hat im Januar ein Konzept vorbereitet, das anschliessend von den Schulleitungen diskutiert wurde. Ein Grossteil hat bereits entschieden, wie sie das Konzept umsetzen wollen. Es gibt Schulhäuser, die mit der Doppelbesetzung zufrieden sind. Andere wiederum wollen eine Förderklasse, dafür braucht es allerdings genügend Raum, ebenso wie qualifizierte Fachpersonen. Für mich ist zudem wichtig, dass wir gut mit den Eltern zusammenarbeiten. Das ist entscheidend, wir können keine Massnahmen einfach von oben beschliessen. Das gilt neben der Integrativen Schule auch für Fragen der Frühförderung oder später der Berufsbildung.

Und wie messen Sie den Erfolg der Massnahmen?

Ein oder spätestens zwei Jahre nach Implementierung soll die Schule aufzeigen, ob die Massnahmen zu Verbesserungen geführt haben. Ist das nicht der Fall, so werde ich schauen, ob es eine Art «best practice» aus einem anderen Schulhaus gibt, die sich adaptieren lässt. Dass unsere Schulen so unterschiedlich ticken, war eine positive Überraschung für mich. Ich möchte das wo immer möglich beibehalten.

Was sagen Sie zu den Stimmen, die sagen, die Integrative Schule sei gescheitert?

Dieser Meinung bin ich nicht, aber sie ist verbesserungswürdig. Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Das merkt man auch bei den Kindern in allen Kontexten. Es gilt deshalb, gute Gefässe zu entwickeln, um auch hier die Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Der Grosse Rat hat dafür 12,8 Millionen



«Schulische Leistungen sollen messbar sein»: Mustafa Atici zum Thema Noten.

Bild: Kenneth Nars

Franken gesprochen, davon 4 Millionen für die Frühförderung. Ich bin überzeugt, wenn wir schon im Kindergarten die Kinder adäquat unterstützen, dann können wir sehr viel erreichen. Wir arbeiten zudem an weiteren integrativen Massnahmen für die Sekundarstufe I. Das vom Grossen Rat gutgeheissene Paket beinhaltet ja «nur» die Lerninsel, weitere Massnahmen sind auf dieser Stufe nötig.

Von Lehrpersonen hört man oft, dass der Umgang mit Eltern schwieriger werde.

«Die Berufslehre wird nur als Plan B behandelt. Das akzeptiere ich nicht.»

Wie nehmen Sie das wahr?

Diese Probleme sind mir nicht neu. Ich lege grossen Wert auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. In unserem Kanton kennen fast 40 Prozent der Eltern unser Schulsystem nicht richtig. Zum Beispiel, weil sie selber nicht hier zur Schule gingen. Diese Eltern werden am besten möglichst früh abgeholt, also wenn ihre Kinder in den Kindergarten eintreten. Je mehr sie wissen, desto besser können sie ihre Kinder auf dem Bildungsweg begleiten.

Wechseln wir zur Sekundarstufe II. In Basel-Stadt liegt die Abschlussquote bei 85 Prozent, 10 Prozent unter dem Ziel. 15 Prozent der jungen Menschen verfügen also weder über eine Matur noch eine Berufslehre.

Unser Bildungssystem basiert auf der Sekundarstufe II auf zwei Grundsäulen, dem gymnasialen Weg und der Berufslehre. Wenn ich so die Debatte verfolge, so habe ich den Eindruck, dass die Berufsbildung nur als Plan B behandelt wird, wenn der gymnasiale Weg scheitert. Das akzeptiere ich nicht. Weshalb werden die Produkte unserer KMU weltweit für ihre hohe Qualität ge-

schätzt? Das hat nicht nur, aber massgeblich mit unserem Berufsbildungssystem zu tun. Die Förderung der Berufsbildung ist eine Aufgabe, die wir alle angehen müssen, der Kanton, die Lehrerinnen und Lehrer, die Wirtschaft, die Eltern gemeinsam mit den Jugendlichen. Der von mir präsentierte Masterplan sieht vor, dass schon in der Primarschule über Berufsbildung informiert wird. Gerade bei Eltern mit akademischem Background müssen wir die Überzeugungsarbeit intensivieren.

«Die Verschiebung der Sommerferien ist ein Thema. Wir schauen das nun mit Baselland an.»

Weshalb wird die Berufslehre als Plan B behandelt?

Es hat, nicht nur, aber auch, mit den Vorstellungen der Verdienstmöglichkeiten zu tun. Allerdings denke ich, dass diese Vorstellungen bis zu einem Grad einer Korrektur bedürfen: Ich habe in meiner Verwandtschaft einen Elektriker, der ein Unternehmen mit 13 Mitarbeitenden führt. Er verdient mehr als ein Neffe von mir, der an der Hochschule St. Gallen Wirtschaft studiert hat.

Ist aus Ihrer Sicht die Maturitätsquote zu hoch?

Ich will diese Diskussion nicht an Quoten festmachen. Es braucht alle Bildungswege. 10 bis 13 Prozent brechen aktuell die Lehre ab. Das wollen wir verhindern und die Betriebe unterstützen.

Als Mittel für eine höhere Abschlussquote hat SVP-Grossrat Joël Thüring ein Ausbildungsobligatorium gefordert, wie es die Kantone Genf und Tessin kennen.

In Basel-Stadt gibt es bereits Brückenangebote fürs zehnte Schuljahr sowie das Gap – Case Management Berufsbildung. Ich finde die Idee des Ausbildungsobligatoriums spannend. Wir werden im ED mit Blick auf die Erfahrungen aus den genannten Kantonen prüfen, ob und wie wir ein solches Modell in Basel-Stadt einführen könnten.

Die Kosten für Stellvertretungen wegen Burn-outs von Lehrpersonen sind hoch. Weshalb wurde nicht früher gehandelt, um die psychische Gesundheit zu stärken?

Es gibt für Lehrpersonen Angebote zur Stärkung der psychischen Gesundheit, die sie jederzeit nutzen können. Die Schulleitungen sollen mit den Lehrpersonen noch direkter arbeiten, das ist Bestandteil eines intensiven Prozesses. Eine Aufgabe einer Taskforce Stellvertretungskosten ist es, mit Massnahmen die Gesundheit der Lehrpersonen zu fördern.

Am Montag beginnt das neue Schuljahr. Wie stehen Sie zu einer Verschiebung der Sommerferien?

Dazu sind mehrere Vorstösse eingereicht worden. Ein Thema ist es auf jeden Fall. Die Hitze ist ein Faktor, aber es müssen auch die Arbeitswelt oder die Tagesstrukturen in die Überlegungen miteinbezogen werden. Wir schauen das nun gemeinsam mit unserem Nachbarn Baselland an, eine unilaterale Lösung ohne Abstimmung zwischen beiden Kantonen macht keinen Sinn.

Was gehen Sie als Erstes an im neuen Schuljahr?

Die Umsetzung der Massnahmen zur Integrativen Schule. Zweitens die Frühförderungsangebote und drittens die Zusammenarbeit mit den Eltern. Alles von der Schule zu erwarten, ist die falsche Einstellung. Die Rolle des Elternhauses für den Erfolg der Kinder ist zentral und die Entlastung der Lehrpersonen mir ein Anliegen.